



Protokoll
der 15. Sitzung des DSA „Berufs- und Arbeitswelt“
vom 26. Jan. 2010
Amtsperiode 2006 – 2010
Im Bistumshaus St. Otto, Bamberg, Heinrichsdamm 32

Beginn 16.30 Uhr.

TOP 1:

Der Vorsitzende Dr. Pfuhlmann begrüßt die Anwesenden zur voraussichtlich vorletzten Sitzung der laufenden Amtsperiode. In seinem Ausblick stellt er die teilweise positiven, teilweise negativen Entwicklungen in der Wirtschaft dar.

TOP 2:

Die Tagesordnung und das Protokoll der 14. Sitzung werden genehmigt.

TOP 3:

Im geistlichen Impuls geht Pater August auf die Arbeit ein. Ausgangspunkt ist ein Text von Kees Waarijam, Arbeit ist kein Wert an sich, es bedarf im Ergebnis immer der Ausrichtung auf Gott.

TOP 4:

H.Koschinsky weist auf die Tagung „*Offensiv werden- sozialetisch Denken*“ am 06. Februar im Bistumshaus hin.

TOP 5:

Der Vorsitzende Dr. Pfuhlmann stellt die mittlerweile abgeschlossene Arbeit des Vorbereitungsausschusses Zur „Finanz- und Wirtschaftskrise“ für die Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrats dar. Der Entwurf einer Schlusserklärung wird verteilt und vorgestellt.

Die Mitglieder nehmen den Entwurf zustimmend zur Kenntnis.

TOP 6:

Erneut wird das Rentenmodell der Katholischen Verbände zur Einführung einer Sockelrente behandelt.

Hubmann weist daraufhin, dass sich nach Einschätzung der ABV (Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen) das Problem der Rentenfinanzierung nur über eine längere Lebensarbeitszeit lösen lässt. Im Übrigen weist er auf erhebliche Bedenken gegen die vorgeschlagene Sockelrente hin. Die ohnehin zu knappen verteilungsfähigen Mittel der Altersversorgung würden durch Errichtung und Unterhalt einer weiteren staatlichen Großbehörde wieder geschmälert. Bewährte und eingefahrene Altersversorgungssysteme wie z.B. berufsständische Versorgungswerke würden damit ohne Not beseitigt.

Hauptargument einer Ablehnung sei aber die verteilungspolitisch falsche Wirkung. Das Sockelrentenmodell sei ein weiterer Beitrag zur Entmutigung der Leistungsträger. Der Anreiz und auch die Notwendigkeit des Bemühens jedes Einzelnen um eine kontinuierliche Erwerbsarbeit würden weiter geschwächt. Dies kann nicht im Interesse einer langfristigen Stabilität der Gesellschaft liegen. Der Vorteil für die am Anfang begünstigten Bevölkerungsgruppen würde sich langfristig auch spürbar abbauen, die Belastung für den normalen Bürger mit durchschnittlichem oder höherem Einkommen aber bleibe.

Langfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, dass länger gearbeitet wird.

TOP 7:

Die nächste Sitzung findet statt am

Mittwoch, den 05. Mai 2010 um 16.30 Uhr.

Sitzungsort und Thema werden noch bekannt gegeben.

Hubmann
Protokollführer